GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

KREISVERBAND OFFENBACH-STADT

INFO 4

Oktober 2000

Wir klären brutalstmöglich auf über:

Mao-tse-tung: Jedes Ding hat zwei Seiten - oder: Die Rückseite der „Unterrichtsgarantie“ von Wolff-tse-koch Seite 2
Vertretungslehrkraft: ein hartes Brot für die Neuen Seite 3
Sonderpädagogische Förderung Seite 4
Beratungslehrer(in) – nur noch Hobby? Seite 5
Plädoyer für menschliches Lernen Seite 6
Lesesozialisation - Teil 2: Lesen in der Schule Seite 7
Adressenliste Kreisvorstand/Impressum Seite 11
Meckerseite Seite 12

Mao-tse-tung: Jedes Ding hat zwei Seiten - oder: Die Rückseite der „Unterrichtsgarantie“ von Wolff-tse-koch

Mehr Lehrpersonal an den Schulen Hessens: das hatte die GEW Hessens seit jeher verlangt, zuletzt von der SPD/B90/Grüne-Regierung, hatte damit aber keinerlei Erfolg - und dann das Unerwartete! Das Land fegte unter der Koch/Wolff-Ägide den Arbeitsmarkt der Lehrkräfte leer, und in den Schulen gab es endlich viele neue Kolleginnen und Kollegen, teilweise sogar junge.
Aber die sogenannte „Unterrichtsgarantie“ hat eine Rückseite, die in der Öffentlichkeit so gut wie keine Berücksichtigung findet, uns aber um so mehr schmerzt. Es ist die brutalstmögliche Reduktion der Lehrerbildung auf allen Ebenen.
Die bisher bekannt gewordenen Fakten:
Von den 39 Studienseminaren werden 13 gestrichen bzw. zusammengelegt. Mutmaßliche Folgen: Überlastung der hauptamtlichen Ausbilder, Erweiterung der Reisestrecken aller Beteiligten, Erhöhung der selbst zu tragenden Kosten bei Minderbezahlung der Lehrer in Ausbildung, usw.
Die HeLP-Angebote werden krass (ultra-krass?!) gekürzt, um Stunden für den Unterricht bei denen freizuschaufeln, deren Arbeit bisher auf die Weiterqualifizierung der Kollegien bezogen war. Die Reduktion soll bei den Pädagogischen Mitarbeitern und bei den abgeordneten Lehrkräften um die 30% betragen.
Diese Tendenz war übrigens schon vor dem Regierungswechsel eingeläutet worden, indem die „individuelle Fortbildung“ zugunsten der „systemischen Fortbildung“ verkürzt wurde, was im Klartext hieß: Man setzte das Fortbildungspersonal für „Pädagogische Tage“ in den Schulen ein („systemisch“) und spare bei den klassischen Lehrgängen, indem die Wochenkurse auf drei oder gar einen Tag zusammengestrichen wurden.
Das Sahnehäubchen zu dieser desaströsen Entwicklung liefert nun die FDP in der hessischen Regierungskoalition, indem sie nicht nur die Rest-Weiterbildung in die Ferien verlegen möchte, sondern auch noch deren Privatisierung vorschlägt! Dann wären auch noch die Ferienlehrgänge von uns selbst zu finanzieren. Schon gehört, was die Management-Schulungen kosten??
Uns wird ja nicht ganz ohne Berechtigung vorgehalten, dass die Schule große Rückstände im Blick auf die Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen hat. Wenn dem so ist, dann ist die Weiterbildung der Lehrkräfte eine zentrale Aufgabe der Schulpolitik. An dieser Stelle Einschnitte bei ohnehin schon zu geringer Kapazität vorzunehmen, widerspricht nicht nur dem Sinn der „Unterrichtsgarantie“, also einer optimalen Bildung der Kinder und Jugendlichen, sondern beschädigt die zentrale Aufgabe der Schule heute, die Rückstände aufzuholen.
Das Ergebnis ist absehbar.
Ebenso die Antwort auf die Frage nach den Schuldigen: Die nächste Lehrerschelte ist angesagt.

Wolfgang Christian

Vertretungslehrkraft: ein hartes Brot für die Neuen

Die Unterrichtsgarantie soll auch eingehalten werden, wenn Lehrkräfte für einen längeren Zeitraum erkranken, so will es die neue Landesregierung. Arbeitslose Lehrerinnen und Lehrer, die aufgrund ihrer Rangfolge (Noten) noch keine Stelle bekommen konnten, bekommen hier ihre Chance: Sie werden für zwei Jahre als Vertretungslehrkraft eingestellt und erhalten danach eine feste Stelle.
In Stadt und Landkreis Offenbach wurden im Schuljahr 2000/2001 5 Lehrerinnen und Lehrer, die bereits zwei Jahre mit BAT-Verträgen überbrücken mussten, auf diese Weise eingestellt.
Jede Lehrkraft muss sich für Vertretungsunterricht an verschiedenen Schulen bereithalten. Vertreten werden sollen auf diese Weise Unterrichtsausfälle mittelfristiger Dauer. Gehen wir von einem Durchschnitt von zwei Monaten aus, ergibt sich folgende Problematik:
Die Vertretungslehrkraft muss sich ständig auf neue Schülerinnen und Schüler, neue Klassenstufen und unterschiedliche Fächer einstellen. Zusätzlich muss sie mit verschiedenen Kollegien und ihren unterschiedlichen Arbeitsbedingungen und -formen vertraut werden.
Dies bedeutet einen immensen Arbeitsaufwand. Dabei ist der Arbeitsaufwand für junge Lehrkräfte, die noch nicht die nötigen Routine haben entwickeln können, schon unter „normalen“ Bedingungen besonders hoch.

Auch die Entwicklung der Schüler-Lehrer-Beziehungen benötigt Zeit und ist – besonders am Anfang – häufig auch von Kämpfen gekennzeichnet, in denen geklärt wird, wer was darf und welche Regeln bei dieser Lehrkraft zu befolgen sind. Diese schwierige Phase muss die Vertretungslehrkraft auf diese Weise ständig in neuen Klassen wiederholen.
Wer zynisch denkt, könnte sich davon möglicherweise die Ausbildung besonderer Kompetenz versprechen. Ich befürchte eher, dass hier Lehrkräfte vorzeitig verschlissen werden. Junge Lehrerinnen und Lehrer werden mit einer besonders schweren Aufgabe belastet, anstatt die Möglichkeit zu erhalten, sich in diesen ohnehin nicht einfachen Beruf erst einmal einzuarbeiten.
Zum Schluss noch ein ganz ketzerischer Vergleich: In Kindertagesstätten werden die erkrankten Kolleginnen und Kollegen in der Regel von der Leiterin bzw. dem Leiter

vertreten. Schließlich hat sie/er die meiste Erfahrung und lernt so auch sehr genau alle Gruppen kennen.
Allerdings ist die Leiterin bzw. der Leiter auch komplett von der regulären Gruppenarbeit freigestellt, wenn die Einrichtung von mehr als 100 Kindern besucht wird. Bei einer entsprechenden Regelung würden für eine Schule mit über 800 Kindern 8 Stellen für die Schulleitung fällig. Wobei in Kindertagesstätten auch wesentlich mehr Zeit für die Diskussion pädagogischer Fragen, Absprachen über die Vorgehensweise in jedem Einzelfall und die Er- und Überarbeitung von Konzeptionen vorgesehen ist.
Aber: Schulplätze in Hessen sind wesentlich billiger als Kindertagesstättenplätze. Und da reicht es nur für die beschriebene Lösung.
Warum ist unserem Gesetzgeber eigentlich die schulische Ausbildung unserer Kinder nicht mehr wert?

Michael Köditz

Sonderpädagogische Förderung

Die Zahl der Melde - und Überprüfungsverfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs ist im Bereich des Staatlichen Schulamtes für die Stadt und den Landkreis Offenbach während der vergangenen Jahre erschreckend angestiegen. Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer hat das Staatliche Schulamt immer wieder auf die sich daraus ergebenden Belastungen für Sonderschullehrerinnen und Sonderschullehrer sowie Schülerinnen und Schüler hingewiesen.

Besonders unerfreulich war 1998/99 eine Statistik des Kultusministeriums, in der zu lesen war, dass in der Stadt und im Kreis Offenbach fast 30% der Überprüfungsverfahren ohne Feststellung von sonderpädagogischem Förderbedarf enden. Dieses bedeutet: Nahezu jedes 3. überprüfte Kind musste ein Verfahren über sich ergehen lassen, was bei sorgfältigerer Prävention möglicherweise zu vermeiden gewesen wäre. Gleichzeitig hätte sich auch die Zahl der Gutachten spürbar verringert. So lag Offenbach mit diesem statistischen Ergebnis im Vergleich mit allen Staatlichen Schulaufsichtsbereichen an letzter Stelle.

Um die hohe Zahl der sonderpädagogischen Überprüfungsverfahren zu reduzieren wurde im Staatlichen Schulamt die Idee geboren, im 1. Schulhalbjahr 1999/2000 ein zusätzliches Beratungsangebot durch Sonderschullehrerinnen und Sonderschullehrer in den Regelschulen anzubieten.

Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer hat den Erfolg dieser isolierten Aktion offen angezweifelt. Alle Bedenken wurden zurückgewiesen; Unterrichtsausfall in den Sonderschulen und zusätzlicher Stress für die Sonderschulpädagogen sowie für die Grundschullehrkräfte wurden in Kauf genommen.
Leider haben sich die Zweifel des Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer bestätigt. Auch das Staatliche Schulamt musste einräumen, dass diese Maßnahme nicht den erwünschten Erfolg gebracht hat.

Die Zahl der sonderpädagogischen Melde- und Überprüfungsverfahren im Schuljahr 1999/2000 ist unvermindert hoch. Von 494 Meldungen kommen etwa 400 aus Grundschulen.

Rücksprachen mit beteiligten Kolleginnen und Kollegen lassen den Schluss zu, dass die Aufklärung, Beratung und Prävention vor allem in den Grundschulen intensiviert und bei der Sichtung der Meldebögen im Staatlichen Schulamt konsequentere Maßstäbe angelegt werden müssen. Unserer Meinung nach kann nur ein breit gefächerter Maßnahmenkatalog greifen.

Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer wird die Diskussion im Staatlichen Schulamt weiterführen, sobald genaue Zahlen und Ergebnisse über das diesjährige Überprüfungsverfahren vorliegen.

Bitte teilt uns eure Erfahrungen über das Melde- und Überprüfungsverfahren 1999/2000 mit, damit wir eure Interessen und Anregungen vertreten können.

Gabriele Bechtel

Beratungslehrer(in) – nur noch Hobby?

Unterrichtsgarantie bedeutet in der derzeitigen finanziellen Situation, dass andere Aufgaben nicht im erforderlichen Maß wahrgenommen oder sogar reduziert werden. In dem Maße, in dem Suchtgefährdung zunimmt, kommt schulischer Präventionsarbeit eine steigende Bedeutung zu. In einer Gesellschaft, in der Konsum und Technisierung zwischenmenschliche Beziehungen zunehmend weiter prägen (was z.B. kommt mit einer neuen Generation von Internet basierten Handys auf uns zu?), spielen Süchte längst nicht mehr nur in städtischen Gebieten eine Rolle. Der Bedarf für Beratungslehrer(innen) für Suchtprävention wird auch in den Schulen im Landkreis, wo bisher nur etwa 40% der Schulen versorgt sind, deutlicher. Stundendeputate für neue Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer sind jedoch nicht mehr vorhanden, und so mussten die ersten Lehrkräfte ihre neue Funktion ohne jede Entlastung übernehmen.

Aber auch die anderen erhalten nicht die Entlastung, die ihrem Arbeitsaufwand gerecht wird. An Grundschulen kann nur für jeweils eine Lehrkraft eine halbe (!) Stunde vergeben werden, dabei kommt gerade einer frühzeitigen Präventionsarbeit besondere Bedeutung zu.
Besonders große Schulen und Schulen mit einem besonders hohen Anteil gefährdeter Schülerinnen und Schüler können nicht in einem höheren Maß mit Stunden versorgt werden; ein höherer Arbeitsaufwand ist hier jedoch zu leisten.
So wird die Arbeit der Beratungslehrerinnen und Beratungslehrer für Suchtprävention immer mehr zu einer Aufgabe, die sie teilweise oder sogar ganz ehrenamtlich ausüben. Das wäre nicht weiter problematisch, wenn die Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern tatsächlich so gemütlich und wenig zeitaufwändig wäre, wie dies in der Öffentlichkeit immer wieder dargestellt wird. Leider ist jedoch, wie Untersuchungen immer wieder bestätigen, das genaue Gegenteil der Fall. Und so gilt auch hier: Eine weitere Zunahme der Arbeitsbelastung von Lehrkräften ist nicht hinnehmbar. Für zusätzliche Tätigkeiten müssen auch die entsprechenden Stundenkontingente zur Verfügung gestellt werden.

Michael Köditz

Plädoyer für menschliches Lernen

Stellen Sie sich vor, Sie lesen in Ihrer Freizeit interessiert in einem Buch. Nach einer dreiviertel Stunde kommt jemand daher und sagt zu Ihnen: "Leg das Buch weg, Du musst jetzt in meinem lesen!"
In der Schule passiert das fünfmal am Tag.

In der Schule werden die Kinder in Klassen gepfercht, die viel zu groß sind, um sich darin einen halben Tag wohl fühlen zu können. Und sie werden von Lehrern unterrichtet, die (besonders in weiterführenden Schulen) außer ihnen viel zu viele andere Kinder betreuen müssen.
Lehrer sind daher prinzipiell überfordert, den einzelnen Kindern die Aufmerksamkeit entgegen zu bringen, die sie brauchen.
Ganz besonders gilt dies für Kinder mit negativen Erfahrungen aus dem häuslichen Umfeld.

Es entsteht für die Kinder immer wieder eine Situation, in der sie sich von den Lehrern zu wenig beachtet und gewürdigt fühlen. Aufgrund der Gruppengröße können sie auch schlecht einschätzen, wie die Mitschüler im Moment zu ihnen stehen.

Je nach ihrer Veranlagung und Vorerfahrung inszenieren sie dann ihre Geschichte. Die einen "profilieren" sich durch "auffälliges" Verhalten, die anderen ziehen sich resigniert in sich selbst zurück. Auf beide Verhaltensweisen können viel zu oft Lehrer nicht adäquat reagieren, weil sie zu viele ähnliche Probleme gleichzeitig behandeln müssten.

Die Gelegenheiten, dass ein Kind einfach einmal in den Arm genommen wird oder für eine Weile ganz für sich einen verständnisvoll zuhörenden erwachsenen Partner findet, sind daher in der Schule viel zu selten. Häufig werden die (immer berechtigten) Gefühle der Kinder ignoriert und nur auf das nicht tolerierbare Verhalten reagiert. Wenn das dann so geschieht, dass sich das Kind in seiner Person abgelehnt fühlt, ist die mögliche Verhaltensänderung nur vordergründig und eher eine Dressurleistung.

In unseren Schulklassen entsteht auf diese Weise ein eigenartiges Spannungsfeld zwischen Mitschülern und Lehrern, in dem Bildung (und auch Umweltbildung) nur begrenzt stattfinden kann. Es klappt allenfalls Wissensvermittlung und das Einüben bestimmter Fertigkeiten, aber selbst in diesen Bereichen sind die Resultate kaum zufriedenstellend. Es fehlt die menschliche Wärme, die Herzensbildung.

Die weite Schere zwischen Wissen und Handeln ist somit zu einem Teil durch die Rahmenbedingungen vorprogrammiert. Diese Diskrepanz wird noch erheblich verstärkt durch die vorherrschende Tendenz, die sprachlich intellektuellen Leistungen der linken Hirnhälfte einseitig zu fördern und zu belohnen, dabei aber gleichzeitig die Leistungen der rechten Hemisphäre (z.B. Spontaneität und Intuition) gering zu schätzen oder gar zu diffamieren. (Vgl.: G.Huhn, Kreativität und Schule)

Wenn es wirklich in Schule darum geht - und so lautet der offizielle Auftrag - Inhalte zu vermitteln und Verhaltensänderungen herbeizuführen, ist der übliche Unterricht in Klassen die falsche Organisationsform.

Nur Menschen, die erfahren, dass sie in ihrer ganzen Person ernst genommen werden, können sich selbst annehmen. Und nur wer sich selbst ernst nehmen kann, wird ein rücksichtsvolles Verhalten gegenüber anderen entwickeln.

Rainald Irmscher

Lesesozialisation - Teil 2: Lesen in der Schule

(Fortsetzung aus Info 3)

In diesem Artikel geht es nicht um die traditionell der Schule obliegenden Aufgabe des Lesenlernens, sondern um die Frage: Welchen Beitrag leistet die Schule zur Lesemotivation?

Nach einem Überblick über die Voraussetzung zum Lesen, nämlich die Ausstattung der Schulen mit Büchern und Bibliotheken, geht es um die Leseerziehung und -förderung an deutschen Schulen. Hierbei beziehe ich mich auf die Studie ´Lesesozialisation in der Schule´[1] die Gabriele Runge 1997 veröffentlichte und auf den Hessischen Rahmenplan für das Fach Deutsch[2].
„Die überwiegende Zahl unserer Grund- und Hauptschulen verfügt über keine Schulbibliothek. Die Tatsache, dass bundesweit die Quote nur bei 10% liegt, beschreibt das Dilemma, dass nämlich 90% der Schüler nicht chancengleich aufwachsen.“[3]Auch an den Realschulen und Gymnasien ist die Situation nicht viel besser. Die bestehenden Schülerbüchereien zeichnen sich häufig durch geringe und/oder veraltete Bestände, zu kurze Öffnungszeiten und wenn überhaupt vorhanden, ungeschultes Personal aus.
Fragt man nach den Gründen für derartige Zustände, wird man auf unzureichende materielle, organisatorische und personelle Voraussetzungen hingewiesen, d.h. es fehlt an Etatmitteln, Räumen und Fachkräften.[4] Nicht weniger selten begründen Schulleiter die fehlende Bibliothek mit der Möglichkeit des Besuches der öffentlichen Bücherei im Einzugsbereich.
Zum optimalen Fall, dem Vorhandensein einer gut ausgestatteten, einer Schulklasse Platz bietenden Schulbibliothek mit einem Schulbibliothekar, die während des Unterrichts geplant oder spontan für individuelle Studien, Gruppenarbeiten oder Klassengespräche genutzt werden kann,[5] bietet die öffentliche Bücherei, die in der Regel nicht vor der Schultür liegt, nur eine unzureichende Alternative.
Wesentlich häufiger existieren in den Grundschulklassen aber auch im Bereich der Sekundarstufe I Klassenbüchereien. Das Vorhandensein und die Nutzung sind jedoch abhängig vom Engagement der jeweiligen Lehrkraft.

Viele Kinder- und Jugendliteraturdidaktiker bezweifeln, dass der Literaturunterricht geeignet ist, bei Schülerinnen und Schülern Freude am Lesen zu wecken. Dabei übernimmt die Schule gerade bei Kindern aus ´lesefernen´ Elternhäusern eine wichtige Funktion in der Lesesozialisation. Sie muss sich darauf einstellen, nicht nur in der Grund-, Haupt- und Gesamtschule, sondern auch in der Realschule und sogar im Gymnasium Kinder vorzufinden, die schlecht und wenig lesen. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass vor 25 Jahren noch 50 Prozent eines Jahrgangs die Hauptschule besuchte, heute dagegen weniger als 30 Prozent. „Und keinesfalls darf man von den ca. 35 Prozent eines Jahrgangs, die heute das Gymnasium besuchen, erwarten, dass sie dieselben Leseneigungen mitbringen wie die 15 Prozent vor 25 Jahren.“[6]
Aus der Untersuchung zur Leseerziehung und -förderung an deutschen Schulen von Gabriele Runge interessiert hier vor allem, was und wie häufig im Unterricht gelesen wird.
Bei den vorgegebenen Literaturgattungen waren Mehrfachnennungen möglich, so ergab sich für die Grundschule diese Rangfolge: Märchen (88%), Tiergeschichten

---

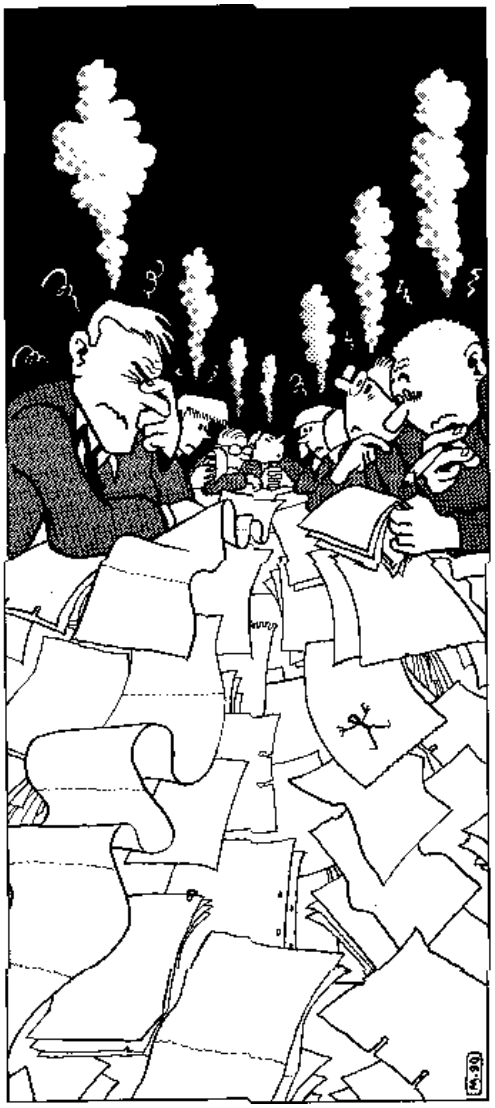
[1] Runge, G., 1997.
[2] Hessisches Kultusministerium (Hrsg.), 1995.
[3] Hoffmann, H., 1991.
[4] Vgl.: Haas, C. u.a., 1988.
[5] Vgl.: Haas, G., 1988.
[6] Hurrelmann, B., 1997.

(86%), Sachbücher (85%), realistische Kindererzählungen (79%) Bilderbücher (68%), humorvolle Literatur (62%), Abenteuer- und Detektivgeschichten (61%) und Problemliteratur (44%).
In der weiterführenden Schulen ändert sich die Rangfolge der eingesetzten Buchgattungen gegenüber der Grundschule erheblich. Die erste Stelle nehmen in der Hauptschule realistische Jugenderzählungen (71%) ein. Es folgen Problemliteratur (62%), Abenteuer- und Detektivgeschichten (54%), Sachbücher (50%), humorvolle Bücher (45%) und Märchen (42%).
Kleine Verschiebungen gibt es im Gymnasium. Vorrangig werden realistische Jugenderzählungen (76%) und Problemliteratur (71%) eingesetzt, etwas seltener kommen Abenteuer- und Detektivgeschichten (53%), humorvolle Bücher (40%), Märchen (39%) und Sachbücher (36%) vor.
Bei der Frage nach Autoren und Buchtiteln stellte sich eine starke Konzentration auf wenige Schriftsteller und Titel heraus. Bücher renommierter Autoren halten sich in der Schule oft viele Jahre. Neue Schriftsteller haben es schwer dort Fuß zu fassen, da kommt es eher vor, dass ein neues Buch eines bekannten Autors gelesen wird. Die Fixierung auf Bewährtes ist hier unübersehbar.

Die Häufigkeit des Einsatzes von Kinder- und Jugendbüchern ist bezüglich der Schulformen und der Fächer sehr unterschiedlich. Der größte Teil der befragten Lehrkräfte arbeitet im Unterricht gern mit Ganzschriften, nur 17 Prozent gab an, in den letzten zwei Jahren keine Klassenlektüre gelesen zu haben.
Über 90 Prozent der Deutschlehrerinnen und -lehrer setzt Kinder- und Jugendbücher ein. Seltener ist der Einsatz in anderen Fächern. Je 15 Prozent der Lehrkräfte nutzen Ganzschriften im Heimat- und Sachkundeunterricht der Grundschule und im Fremdsprachenunterricht des Gymnasiums und je 5 Prozent in den Fächern Religion und Geschichte.
In den Grundschulen lassen die Lehrkräfte pro Schuljahr zwei oder mehr Kinderbücher lesen, in den ostdeutschen Schulen mehr als in den westdeutschen. In der Sekundarstufe verschärfen sich diese Unterschiede: Die ostdeutschen Schülerinnen und Schüler lesen durchschnittlich zwei und mehr Jugendbücher, die westdeutschen eins oder weniger pro Jahr.
Führt man sich die Abnahme der Lesemotivation bei Jugendlichen im Alter von 15/16 Jahren vor Augen, so sollte die Schule versuchen, dem entgegenzuwirken.

„Für den Lehrer ergeben sich ... die reizvollen und schwierigen Aufgaben, an die Leseinteressen der 12 - 16jährigen Jugendlichen anzuknüpfen, sich als ´Brückenbauer´ zu verstehen zwischen Lehrplananforderungen, der Notwendigkeit, zur anspruchsvolleren Erwachsenenliteratur hinzuführen, und den Lesebedürfnissen der Schüler, sich vor allem als Leseanreger zu begreifen, dessen Bedeutung in dem von uns untersuchten Altersabschnitt wächst.“[7]

Beim Vergleich der hessischen Rahmenrichtlinien , Sekundarstufe I von 1980 und dem Rahmenplan Deutsch, Sekundarstufe I von 1995 fällt auf, dass sich der Umgang mit Texten 1980 auf Informationsentnahme, Strukturbeschreibung und Ansätze zur Textverarbeitung wie lesen, überprüfen und kritisch einschätzen beschränkte. Auf Jugendliche, die wenig oder gar nicht lesen, gehen die Verfasser nicht ein.



1995 hat sich in dieser Hinsicht einiges geändert. Der Arbeitsbereich heißt nun ´Lesen / Umgang mit Texten´ und umfasst die Bereiche Leseförderung, Umgang mit literarischen Texten, Umgang mit Sach- und Gebrauchstexten und Umgang mit Medien. „Literaturunterricht sollte so angelegt sein, dass er Leseförderung betreibt. Er darf nicht primär daran interessiert sein, für sich selbst bessere Grundlagen zu schaffen, sondern durch eine Stärkung des Freizeit-Lesens sollte Leseförderung zu einer Erziehung beitragen, deren Ziel ein aktives, zur Muße fähiges, mit Phantasie und Kreativität begabtes Individuum ist, das die Angebote der Literatur nutzen kann zur Erweiterung des eignen Weltbildes, zur Herausbildung von Aufgeschlossenheit und Toleranz gegenüber Andersartigem, zur Bewältigung persönlicher Problem-situationen.“[8]

Ausdrücklich weisen die Verfasser darauf hin, dass sich Kinder- und Jugendbücher bei der Schaffung von Lesemotivation besser eignen als die sogenannte Erwachsenenliteratur. Neben anderen Möglichkeiten der Leseförderung legen sie den Lehrkräften besonders das Vorlesen, das traditionell der Grundschule zugeordnet war, auch in der Sekundarstufe I nahe.

Verändert hat sich auch die Zielsetzung des Literaturunterrichts: „Wichtigste Aufgabe des Umgangs mit literarischen Texten ist es, Lust an der Literatur zu wecken.“[9]

Christa Rugen

---

[7] Eisenbeiss, U., 1993, S.99.
[8] Hessisches Kultusministerium (Hrsg.) 1995, S. 16.
[9] Ebd., S. 17

GEW-Kreisvorstand Offenbach-Stadt

Vorsitzende:

Gabriele Bechtel, Fechenheimer Leinpfad 7, 60386 Frankfurt, Tel. 069-415320
Sachgebiete: Sonderschule und Integration, Gemeinsamer Unterricht; GPR LL

Winfried Deschauer, Brandsbornstr. 73, 63069 Offenbach, Tel. 069-842130
Sachgebiet: Sekundarstufe I; GPR LL

Kreisrechnerin:

Hildegard Feuchter, Dreieichring 16, 63067 Offenbach, Tel. 069-886649
Sachgebiete: Grundschule, Frauenfragen, Rechtsberatung; GPR LL

Beisitzer:

Dr. Wolfgang Christian, Kantstr. 18, 63067 Offenbach, Tel. 069-810078
Sachgebiete: Soziale Offensive Offenbach und Para Nicaragua

Sylvia Harth-EI Hawi, Friedensstr. 88, 63071 Offenbach, Tel. 069-857703
Sachgebiet: Sonderpädagogik

Michael Köditz, Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt, Tel. 069-40807840
Sachgebiete: Berufliche Schulen und sozialpädagogische Berufe; GPR LL

Christa Rugen, Am Mühlgraben 58, 63263 Neu-lsenburg, Tel. 06102-320833
Sachgebiet: Haupt- und Realschulen

Gerhard Schenk, Lilienstr 3a, 63322 Rödermark, Tel. 06074-95233
Sachgebiet: Haupt- und Realschulen

Ute Schinke, Frankenstr. 57a, 63075 Offenbach, Tel. 069-865567
Sachgebiete: Grundschule, Rechtsberatung; GPR LL

Marion Weßling-Bagel, Kennedyallee 107, 60596 Frankfurt, Tel. 069-63199412
Sachgebiet: Referendarinnen und Referendare

Gast:

Evelyn Riera, Postfach 105125, 63015 Offenbach, Tel./Fax 069-846843
Sachgebiet: Angestellte und Selbstständige im außerschulischen Bereich

GPR LL = Mitglied im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer

Impressum

Herausgeber:	Kreisverband Offenbach-Stadt der GEW
Anschrift:	GEW-Info c/o Michael Köditz, Am Leinritt 10, 60386 Frankfurt (v.i.S.d.P., Layout)
Redaktion:	Gabriele Bechtel, Dr. Wolfgang Christian, Winfried Deschauer, Michael Köditz, Christa Rugen, Ute Schinke
Druck:	Imprenta, 63179 Obertshausen
Auflage:	650 Exemplare

Dank an Rainald Irmscher (Schulbiologiezentrum Kassel) für sein „Plädoyer“ (S. 6) sowie an Thea Fries (S. 12) und an Thomas Körner (S. 3, 5 und 9) für ihre Zeichnungen.

Meckerseite

Tja, genau so hat es der Kreisvorstand beschlossen: Jede Leserin bzw. jeder Leser bekommt eine ganze Seite, um dort ganz unzensiert und ungeniert seine Meinung zu sagen. Wir sind schon ganz gespannt, ob das nächste Info dann über 400 Seiten haben wird ...

Schickt Eure Seite bis Weihnachten an die auf Seite 11 angegebene Adresse. Die schönste Einsendung wird mit einem Preis belohnt!